

050

048

054

044

059

039

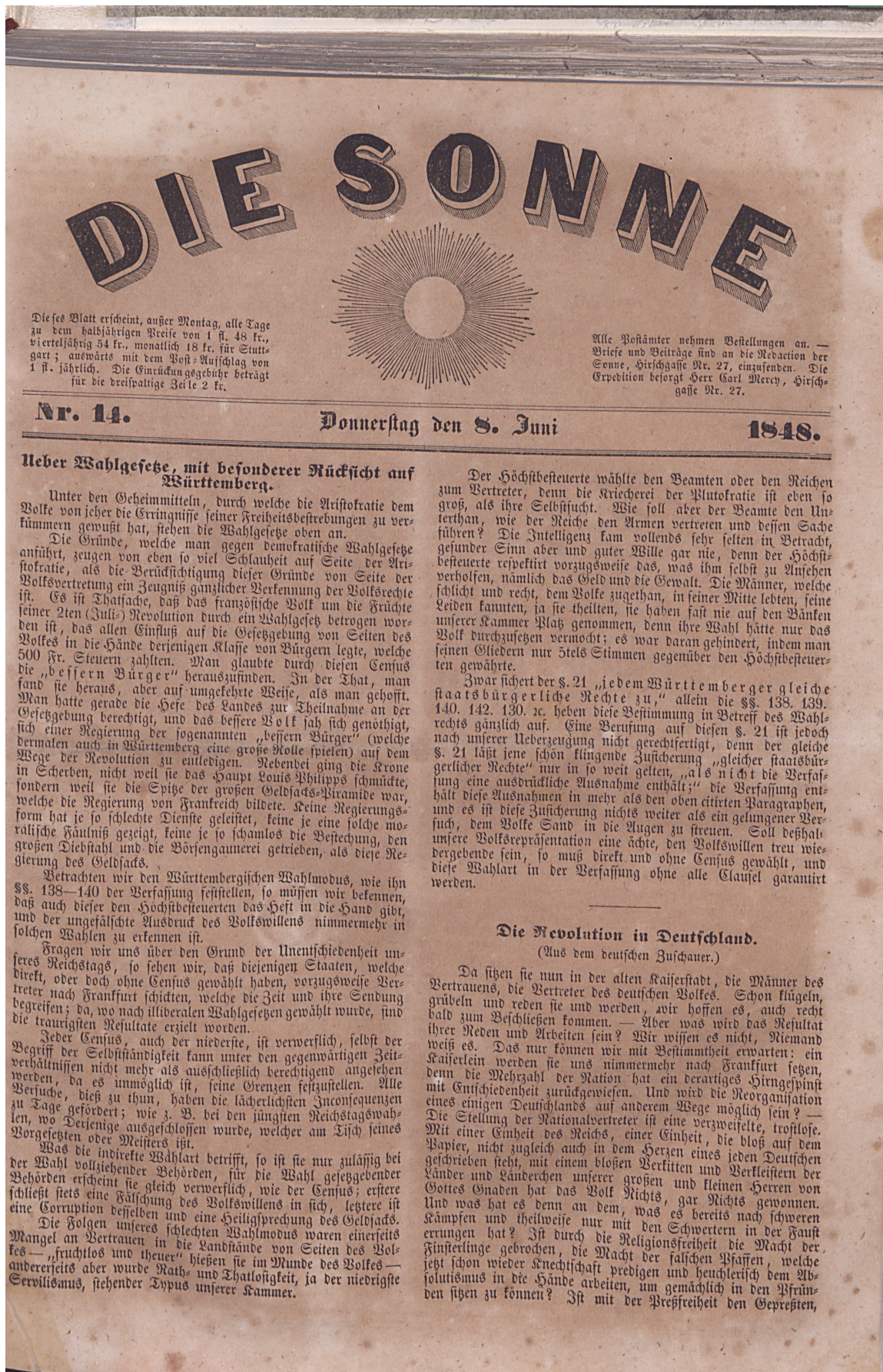
099

149

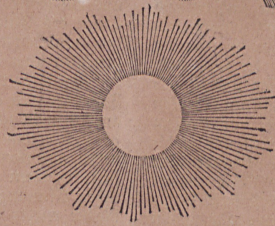
549

Ende

Anfang



Die ses Blatt erscheint, außer Montag, alle Tage zu dem halb-jährigen Preise von 1 fl. 48 fr., viertel-jährig 54 fr., monatlich 18 fr. für Stuttgart; auswärts mit dem Post-Ausschlag von 1 fl. jährlich. Die Einrückungsgelder betragen für die dreispaltige Zeile 2 fr.



Alle Postämter nehmen Bestellungen an. — Briefe und Beiträge sind an die Redaction der Sonne, Hirschgasse Nr. 27, einzusenden. Die Expedition besorgt Herr Carl Meyer, Hirschgasse Nr. 27.

Nr. 14.

Donnerstag den 8. Juni

1848.

Ueber Wahlgesetze, mit besonderer Rücksicht auf Württemberg.

Unter den Geheimmitteln, durch welche die Aristokratie dem Volke von jeder die Ergründnisse seiner Freiheitsbestrebungen zu verkommen gewußt hat, stehen die Wahlgesetze oben an.

Die Gründe, welche man gegen demokratische Wahlgesetze anführt, zeugen von eben so viel Schlaueit auf Seite der Aristokratie, als die Berücksichtigung dieser Gründe von Seite der Volksvertretung ein Zeugniß ganzlicher Verkennung der Volksrechte ist. Es ist Thatsache, daß das französische Volk um die Früchte seiner 2ten (Juli-) Revolution durch ein Wahlgesetz betrogen worden ist, das allen Einfluß auf die Gesetzgebung von Seiten des Volkes in die Hände derjenigen Klasse von Bürgern legte, welche 500 fr. Steuern zahlten. Man glaubte durch diesen Censur die „bessern Bürger“ herauszufinden. In der That, man fand sie heraus, aber auf umgekehrte Weise, als man gehofft. Man hatte gerade die Hefe des Landes zur Theilnahme an der Gesetzgebung berechtigt, und das bessere Volk sah sich genöthigt, sich einer Regierung der sogenannten „bessern Bürger“ (welche dormalen auch in Württemberg eine große Rolle spielten) auf dem Wege der Revolution zu entledigen. Nebenbei ging die Krone in Scherben, nicht weil sie das Haupt Louis-Philipp's schmückte, sondern weil sie die Spitze der großen Geldsack-Pyramide war, welche die Regierung von Frankreich bildete. Keine Regierungsform hat je so schlechte Dienste geleistet, keine je eine solche moralische Fäulniß gezeigt, keine je so schamlos die Verletzung, den großen Diebstahl und die Vörsengamerei getrieben, als diese Regierung des Geldsacks.

Betrachten wir den Württembergischen Wahlmodus, wie ihn §§. 138—140 der Verfassung feststellen, so müssen wir bekennen, daß auch dieser den Höchstbesteuerten das Heft in die Hand gibt, und der ungefährtete Ausdruck des Volkswillens nimmermehr in solchen Wahlen zu erkennen ist.

Fragen wir uns über den Grund der Unentschiedenheit unseres Reichstags, so sehen wir, daß diejenigen Staaten, welche direkt, oder doch ohne Censur gewählt haben, vorzugsweise Vertreter nach Frankfurt schickten, welche die Zeit und ihre Sendung begreifen; da, wo nach illiberalen Wahlgesetzen gewählt wurde, sind die traurigsten Resultate erzielt worden.

Jeder Censur, auch der niederste, ist verwerflich, selbst der Begriff der Selbstständigkeit kann unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht mehr als ausschließlich berechtigend angesehen werden, da es unmöglich ist, seine Grenzen festzustellen. Alle Versuche, dies zu thun, haben die lächerlichsten Inconsequenzen zu Tage gefördert; wie z. B. bei den jüngsten Reichstagswahlen, wo Derjenige ausgeschlossen wurde, welcher am Tisch seines Vorgesetzten oder Meisters ist.

Was die indirekte Wahlart betrifft, so ist sie nur zulässig bei der Wahl vollziehender Behörden, für die Wahl gesetzgebender Behörden erscheint sie gleich verwerflich, wie der Censur; erstere schließt stets eine Fälschung des Volkswillens in sich, letztere ist eine Corruption desselben und eine Heiligprechung des Geldsacks.

Die Folgen unseres schlechten Wahlmodus waren einerseits Mangel an Vertrauen in die Landstände von Seiten des Volkes — fruchtlos und theuer — hießen sie im Munde des Volkes — andererseits aber wurde Raub- und Thatslosigkeit, ja der niedrigste Cervilisimus, stehender Typus unserer Kammer.

Der Höchstbesteuerte wählte den Beamten oder den Reichen zum Vertreter, denn die Kriecherei der Plutokratie ist eben so groß, als ihre Selbstsucht. Wie soll aber der Beamte den Untertan, wie der Reiche den Armen vertreten und dessen Sache führen? Die Intelligenz kam vollends sehr selten in Betracht, gesunder Sinn aber und guter Wille gar nie, denn der Höchstbesteuerte respektirt vorzugsweise das, was ihm selbst zu Ansehen verholfen, nämlich das Geld und die Gewalt. Die Männer, welche schlicht und recht, dem Volke zugehan, in seiner Mitte lebten, seine Leiden kannten, ja sie theilten, sie haben fast nie auf den Banken unserer Kammer Platz genommen, denn ihre Wahl hätte nur das Volk durchzusetzen vermocht; es war daran gehindert, indem man seinen Gliedern nur Stills Stimmen gegenüber den Höchstbesteuerten gewährte.

Zwar sichert der §. 21 „jedem Württemberger gleiche staatsbürgerliche Rechte zu“ allein die §§. 138, 139, 140, 142, 130. u. heben diese Bestimmung in Betreff des Wahlrechts gänzlich auf. Eine Verfassung auf diesen §. 21 ist jedoch nach unserer Ueberzeugung nicht gerechtfertigt, denn der gleiche §. 21 läßt jene schön klingende Zusicherung „gleicher staatsbürgerlicher Rechte“ nur in so weit gelten, „als nicht die Verfassung eine ausdrückliche Ausnahme enthält;“ die Verfassung enthält diese Ausnahmen in mehr als den oben citirten Paragraphen, und es ist diese Zusicherung nichts weiter als ein gelungenes Versuch, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Soll deshalb unsere Volksrepräsentation eine ächte, den Volkswillen treu wiedergebende sein, so muß direkt und ohne Censur gewählt, und diese Wahlart in der Verfassung ohne alle Claujel garantirt werden.

Die Revolution in Deutschland.

(Aus dem deutschen Zuschauer.)

Da sitzen sie nun in der alten Kaiserstadt, die Männer des Vertrauens, die Vertreter des deutschen Volkes. Schon flügeln, grübeln und reden sie und werden, wir hoffen es, auch recht bald zum Beschließen kommen. — Aber was wird das Resultat ihrer Reden und Arbeiten sein? Wir wissen es nicht, Niemand weiß es. Das nur können wir mit Bestimmtheit erwarten: ein Kaiserlein werden sie uns nimmermehr nach Frankfurt setzen, denn die Mehrzahl der Nation hat ein derartiges Hirngespinn mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Und wird die Reorganisation eines einigen Deutschlands auf anderem Wege möglich sein? — Die Stellung der Nationalvertreter ist eine verzweifelte, trostlose. Mit einer Einheit des Reichs, einer Einheit, die bloß auf dem Papier, nicht zugleich auch in dem Herzen eines jeden Deutschen geschrieben steht, mit einem bloßen Verkitten und Verfleistern der Länder und Länderchen unserer großen und kleinen Herren von Gottes Gnaden hat das Volk Nichts, gar Nichts gewonnen. Und was hat es denn an dem, was es bereits nach schweren Kämpfen und theilweise nur mit den Schwertern in der Faust erungen hat? Ist durch die Religionsfreiheit die Macht der Finsternisse gebrochen, die Macht der falschen Pfaffen, welche jetzt schon wieder Knechtschaft predigen und heuchlerisch dem Absolutismus in die Hände arbeiten, um gemächlich in den Pfanden sitzen zu können? Ist mit der Pressfreiheit den Geypreßten,